

PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 8. OKTOBER 2020



ANTRAG **HILFE FÜR VERANSTALTUNGSBRANCHE UND GASTRONOMIE**

Die Veranstaltungsbranche ist von den Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie besonders betroffen. Seit März sind größere Veranstaltungen nicht möglich – und angesichts der Infektionszahlen ist nicht absehbar, wann sie wieder erlaubt sein werden. Auf Initiative der SPD-Fraktion hat die Bürgerschaft heute daher einen Antrag der rot-grün-roten Koalition beschlossen, in dem ein ganzes Bündel von Maßnahmen vorgeschlagen wird, um der Branche zu helfen.

„Damit schaffen wir ein absolut rundes Paket zur Stützung dieser Branche“, betonte der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Volker Stahmann in seiner Rede. „Und es zeigt: Es hilft, mit den Betroffenen im Dialog zu bleiben. Diesen Dialog haben wir geführt, und unser Antrag erhält Lösungen, die wir gemeinsam mit den Veranstaltern entwickelt haben.“



Volker Stahmann

So ist, neben vielen anderen Punkten, in dem Antrag vorgesehen, dass für die Dauer der Pandemie eine ressortübergreifende Koordinierungsstelle eingerichtet wird, die für die

Veranstalter und Gastronomen kurzfristig und flexibel erreichbar ist. Auch fordert der Antrag finanzielle Unterstützung, damit Veranstaltungen unter Corona-Bedingungen ermöglicht werden können. Explizit genannt wird dabei das „Projekt 100“, in dessen Rahmen im Pier 2 Konzerte durchgeführt und zugleich ins Internet übertragen werden sollen.

„Wir brauchen einen Wechsel weg von einer Unterstützung bei Untätigkeit hin zu einer Unterstützung von Aktivität“, erklärte Stahmann. „Wir wollen dabei helfen, die vielen Menschen aus diesem Sektor wieder in Arbeit zu bringen. Dafür können wir nicht selbst als Unternehmer auftreten, sondern unsere Aufgabe ist es, zu unterstützen und Rahmenbedingungen zu schaffen, bei denen die Unternehmer sagen: ‚Damit machen wir das.‘“

„Neben finanzieller Unterstützung, Reduzierung des Betriebsrisikos, konkreter Hilfe bei Einzelfragen – wie beim Umgang mit dem Hygienegesetz – wird mit der Branche gemeinsam für Beschäftigung gesorgt“, fasste Stahmann den Antrag noch einmal zusammen und ergänzte: „Dazu ist auch eine Imagekampagne für die Branche ein wichtiger Schritt. Wir müssen, gerade vor dem Hintergrund der Entwicklung der Infektionszahlen im privaten Bereich, das Vertrauen in die Gastronomie und Veranstaltungsbranche stärken. Die Botschaft ist klar: Feiern bei Profis ist sicherer!“

>Antrag: Die Veranstaltungswirtschaft im Land Bremen auf dem Weg in die Zukunft begleiten

<https://bit.ly/veranstaltungsbranche>

ANTRAG **ATTRAKTIVERE BEDINGUNGEN FÜR ÜBERGANGSPFLEGESTELLEN**

Sie stehen bereit, wenn Kinder und Jugendliche einen geschützten Ort brauchen, weil Krisen in Familien sich zugespitzt haben: Übergangspflegestellen sind in bestimmten Fällen eine Alternative zu Einrichtungen der stationären Jugendhilfe, wenn Kinder oder Jugendliche vom Jugendamt in Obhut genommen werden. Doch ist die Zahl dieser Stellen rückläufig. Damit sich das ändert, hat die Bürgerschaft auf Initiative der SPD-Fraktion heute einstimmig einen Antrag der rot-grün-roten Koalition beschlossen, der die Bedingungen für die Übergangspflegepersonen verbessern soll.

„Bildlich gesprochen sind Übergangspflegefamilien ein familiärer Schutzschirm, ein Rettungsanker in einer Situation nach Wellengang, Sturm und Schiffbruch der Herkunftsfamilie“, hob die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Birgitt Pfeiffer, ihre Bedeutung hervor. „Sie geben Heimat auf Zeit, für wenige Tage, für einige Wochen, oft sogar für viele Monate. Kinder und Jugendliche können in einer familiären Umgebung zur Ruhe kommen.“



Birgitt Pfeiffer

In Bremen gebe es derzeit 54 Übergangspflegestellen mit insgesamt 66

Plätzen, so die Sozialdemokratin weiter. 16 Prozent aller in Obhut genommenen Kinder und Jugendlichen seien 2019 in einer solchen Stelle betreut worden. Doch die Zahlen seien rückläufig.

Dies zu ändern sei das Ziel des heute beschlossenen Antrags, sagte Pfeiffer. Darin wird der Senat aufgefordert, sich auf Bundesebene etwa dafür einzusetzen, dass die Altersabsicherung für Übergangspflegepersonen verbessert wird, etwa durch eine Regelung, die angelehnt ist an die rentenrechtliche Absicherung, die seit 2017 für pflegende Angehörige gilt. Auch sollen Modelle geprüft werden, die auf einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung beruhen. Denn das jetzige Modell, so erklärte Pfeiffer, sei insofern in die Jahre gekommen, als dass es auf einem

traditionellen Familienbild basiere, bei der eine Person zu Hause bleibe. Schließlich sollen, so fordert es der Antrag, Übergangspflegepersonen enger mit den zuständigen Casemanager*innen zusammenarbeiten und besser in die individuelle Jugendhilfepflege eingebunden werden.

Pfeiffer: „Wir müssen und wollen die Übergangspflege wieder stärken, denn sie ist ein wichtiger Teil des Inobhutnahme-Systems. Sie ergänzt das stationäre um ein familiennahes Angebot und ist damit für einen Teil der Kinder und Jugendlichen genau das richtige Angebot.“

>Antrag: Übergangspflegestellen im Notaufnahmesystem der Kinder- und Jugendhilfe attraktiver gestalten!
<https://bit.ly/uebergangspflege>

ANTRAG **KINDER- UND ELTERNGELD NICHT MEHR ANRECHNEN**

Kinder- und Elterngeld sollen nicht mehr auf Sozialleistungen angerechnet werden. Dafür soll der Senat sich auf Bundesebene einsetzen. Einen entsprechenden Antrag der rot-grün-roten Koalition hat die Bürgerschaft heute beschlossen. Für die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Birgitt Pfeiffer, ist dies aber nur ein erster Schritt.

„Als SPD-Fraktion setzen wir uns für eine Kindergrundsicherung ein“, erklärte Pfeiffer in ihrer Rede. „Sie soll Kinder aus dem SGB II-Bezug holen und ihre ökonomische Situation damit von jener der Eltern entkoppeln. Die Kindergrundsicherung soll Kindern in Deutschland ein gutes und gesundes Aufwachen ermöglichen – jenseits der Armut ihrer Eltern. Denn Kinderarmut ist bis hierher Elternarmut!“

Derzeit, so erklärte die Sozialdemokratin, würden bei den Familien, die teilweise oder ganz auf Grundsicherung angewiesen seien, Kindergeld und Elterngeld angerechnet. Pfeiffer: „Das ist eine Ungerechtigkeit, die auch der Kinderzuschlag nicht auflösen kann.“

Diese Praxis müsse daher beendet werden. „Kinder sind für ihre ökonomische Situation nicht verantwortlich“, sagte Pfeiffer. „Deswegen müssen wir, um der Zukunft unser aller Kinder Willen, ihre Einnahmesituation von der der Eltern trennen! Ein erster wichtiger Schritt ist es daher, Elterngeld und Kindergeld nicht auf die Grundsicherung anzurechnen.“

Doch der Weg müsse noch weitergehen, betonte Pfeiffer abschließend. „Ich bin

davon überzeugt: Die allermeisten Eltern wollen, dass es ihren Kindern gut geht. Die allermeisten Eltern wollen sogar, dass es ihren Kindern besser als ihnen selbst geht. Und die allermeisten Eltern wollen, dass ihre Kinder es im Leben zu etwas bringen und ihre Chancen nutzen. Das wollen wir als SPD-Fraktion auch. Deshalb setzen wir perspektivisch auf die Kindergrundsicherung und als Zwischenschritt auf die Anrechnungsfreiheit von Kindergeld und Elterngeld. Denn es liegt in unser aller Interesse, es einkommensarmen Familien zu ermöglichen, wenigstens gut für ihre Kinder sorgen zu können.“

>Antrag: Keine Anrechnung von Elterngeld und Kindergeld:
https://bit.ly/anrechnung_beenden

ANTRAG **HÄRTEFALLFONDS SOLL ENERGIESPERREN VERHINDERN**

In Bremen soll ein Härtefallfonds aufgelegt werden, um die Zahl der Energie- und Wassersperren weiter zu reduzieren. Einen entsprechenden Antrag der rot-grün-roten Koalition hat die Bürgerschaft heute beschlossen. Der Senat ist nun aufgefordert, ein Konzept vorzulegen, wie die für den Fonds bereits beschlossenen Mittel eingesetzt werden sollen. Die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Birgitt Pfeiffer, forderte in ihrer Rede aber auch, das Problem grundsätzlich anzugehen und das Existenzminimum neu und fair zu berechnen.

Mit diesem Fonds, so erklärte, Birgitt Pfeiffer, würden die bisherigen Hilfen sinnvoll ergänzt. Denn durch einen Runden Tisch, der sich des Themas angenommen habe, aber auch dadurch, dass Menschen mit Grundsicherung inzwischen energiesparende Geräte anschaffen könnten, seien schon Schritte unternommen worden, durch die die Zahl der Sperren in den vergangenen fünf Jahren um ein Viertel gesunken sei.

Doch seien immer noch 6.000 Haushalte davon betroffen. Und dies, so die

Sozialdemokratin, liege auch daran, die Energiekosten in den vergangenen Jahren um 40 Prozent gestiegen seien, die Pauschale für Grundsicherungsempfänger im selben Zeitraum allerdings nur um 27 Prozent. Pfeiffer: „Für uns als SPD-Fraktion steht fest: Wir müssen das Problem grundsätzlich angehen und lösen. Das Existenzminimum muss endlich fair berechnet werden und tatsächlich das abdecken, was man zum Leben braucht. Und dies gilt selbstverständlich auch für die reale Höhe der Energiekosten.“

FRAGESTUNDE **AUSBILDUNGSUMLAGE: WIE IST DER AKTUELLE STAND?**

Wer nicht ausbildet, soll zahlen: Betriebe, die nicht aktiv gegen den Fachkräftemangel ankämpfen, sollen zur Kasse gebeten werden, um ausbildende Betriebe durch eine Umlage zu entlasten. So steht es im rot-grün-roten Koalitionsvertrag. Dazu sieht der Vertrag die Schaffung einer Kommission vor, die eine landesrechtliche Rahmensezung zur Ausbildungsumlage entwickeln soll. Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Jasmina Heritani, hat sich in der heutigen Fragestunde beim Senat nach dem Stand der Umsetzung erkundigt und wollte wissen, ob der Zeitplan der Initiative eingehalten werden kann und wann ein erstes Gutachten vorliegt.



Jasmina Heritani

Initiative eingehalten werden kann und wann ein erstes Gutachten vorliegt.

Statt einer Kommission hätten die Partner der Bremer Vereinbarung für Ausbildung und Fachkräftesicherung im Oktober



2019 beschlossen, eine ‚Lenkungsgruppe: Ausbildung innovativ‘ ins Leben zu rufen, berichtete Wirtschaftsstaatsrat Sven Wiebe für den Senat. „Die Gruppe hat seit Dezember 2019 siebenmal getagt und vielfältige Maßnahmen beschlossen und umgesetzt“, so Wiebe weiter. Seit April 2020 bearbeite die Gruppe auch Maßnahmen zur Bewältigung der Pandemie-Auswirkungen. Ein Gutachten erwarte man Mitte November.

Im vierten Quartal 2020 werde zudem der Ausbildungsmarkt bewertet, da die Einrichtung einer Landesausbildungsumlage davon abhängig gemacht werde, ob die Ausbildungszahlen gestiegen seien oder nicht. „Die Einführung einer Landesausbildungsumlage“, so der Staatsrat abschließend, „ist dabei auch vor dem Hintergrund der Pandemie zu beurteilen“. Der Zeitplan könne nach aktuellem Stand eingehalten werden.

FRAGESTUNDE **PLASTIKMÜLLEXPORTE EINDÄMMEN!**

Recycling und umweltgerechte Entsorgung von Plastikabfall sind wichtige Bausteine in Sachen Umweltschutz, insbesondere auf globaler Ebene. Denn Plastikmüll ist ein Exportprodukt – allein 12.000 Tonnen davon verschifft Bremen im Jahr 2018 nach Malaysia, wo der Müll oft auf wilden Deponien oder direkt im Meer landet. Diesen Umstand hat sich der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Arno Gottschalk, zum Anlass genommen, bei der Landesregierung nachzufragen, welche Instrumente es auf Europa-, Bundes- oder Landesebene gibt, die Ausfuhr von Plastikmüll zu begrenzen oder zu verbieten, welche Ansätze geeignet sind, den Plastikmüllexport zu drosseln und ob es einen Austausch auf Länderebene gibt, um lokale Recyclinglösungen zu erarbeiten.

Die Regelungen seien auf internationaler Ebene getroffen worden, berichtete Umweltsenatorin Maïke Schaefer für den Senat. So seien Abkommen wie das Basler Übereinkommen in Kraft, zudem halte man sich an einen OECD-Ratsbeschluss zur Kontrolle von grenzüberschreitenden Verbringungen von Abfällen zur Verwertung. „Da Exporte von Plastikmüll in der Regel mit dem Ziel der Verwertung in den Empfängerländern durchgeführt werden, gilt das



Arno Gottschalk

Prinzip der Warenfreiheit“, so Schaefer weiter. „Das heißt, dass für den Export dieser Abfälle keine Genehmigung erteilt werden muss“. Ein Verbot sei nur möglich, wenn es sich um Exporte in Nicht-OECD-Staaten handle und diese gegenüber der Europäischen Kommission ein Importverbot mitgeteilt hätten.



Das Thema werde auf verschiedenen Ebenen diskutiert. So beabsichtige die EU-Kommission, Anfang 2021 eine Regelverschärfung zum Plastikmüllexport vorzulegen. Zudem habe Bremen die Bundesratsentschließung zur Verringerung

des Exportes von Kunststoffabfällen unterstützt. Doch die Umweltsenatorin betonte auch: „Bremen kann als Bundesland keine eigenständigen Vorschriften erlassen.“ Recyclinglösungen auf lokaler Ebene seien zudem nicht wirklich steuerbar, so Schaefer abschließend, da sich die Kunststoffabfälle nicht im Eigentum des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers befänden. Auf Nachfrage Gottschalks hin bestätigte die Senatorin, dass aktuell nur Stichproben bei der Kontrolle des Exports durchgeführt werden könnten und eine engmaschigere Kontrolle wünschenswert sei.